

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 22. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 18.08.2011**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 17:04 Uhr bis 19:25 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend sind:**

Herr Jürgen Busse	CDU	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	vertrat Herr Misch, Werner
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	vertrat Herrn Knöchel, Swen
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Martina Wildgrube	FDP	
Herr Rene Müller	Verw	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dr. Justus Brockmann	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE	
Herr Hans-Jürgen Schiller	SKE	
Frau Dr. Regina Schöps	SKE	anwesend ab 17:20 Uhr
Herr Stefan Schulz	SKE	
Frau Renee Fischer	Verw	
Herr Wolfgang Hans	Verw	
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verw	
Herr Uwe Stäglin	BG	
Herr Dr. Bernd Wiegand	BG	

### **Entschuldigt fehlen:**

Herr Werner Misch	CDU	wurde vertreten durch Herrn Hildebrandt, Roland
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	wurde vertreten durch Frau Haupt, Ute
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER für Halle	
Herr Christian Anton	SKE	
Herr Dr. Wilfried Fuchs	SKE	
Frau Rita Lachky	Verw	
Herr Dr. Ernst Müllers	Verw	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 23.06.2011
4. Beschlussvorlagen
  - 4.1. Baubeschluss Saale-Radwanderweg zwischen Hafenbahnbrücke und Gasometer  
Vorlage: V/2011/09763
  - 4.2. Konzeption für Werbung im öffentlichen Straßenraum der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/09635
  - 4.3. Baumschutzsatzung der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/09953
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 5.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Baumschutzsatzung  
Vorlage: V/2011/09775
  - 5.2. Antrag des Stadtrates Olaf Sieber (Fraktion DIE LINKE.) zur Änderung der Baumschutzsatzung für Ein- und Zweifamilienhausgrundstücke  
Vorlage: V/2011/09672
  - 5.3. Antrag der CDU-Fraktion zur Übertragung der Vorhabenträgerschaft für den "Wildwasserpark Pulverweiden" an den Böllberger SV  
Vorlage: V/2011/09782
  - 5.4. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Einstufung der Saale als Restwasserstraße  
Vorlage: V/2011/09803
  - 5.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Finanzierungsmöglichkeit einer Streetworker-Stelle  
Vorlage: V/2011/09905
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Der Vorsitzende des Ausschusses, **Herr Paulsen**, eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Paulsen** informiert den Ausschuss über die Absetzung von TOP 4.1 und 5.3. TOP 4.1 wurde von der Verwaltung im Planungsausschuss zurückgezogen. TOP 5.3 wurde von der CDU im Sportausschuss zurückgezogen. Weiterhin bittet die Verwaltung, die TOP's 4.2, 4.3, 5.1 und 5.2 zu verschieben, da Herr Stäglin noch im Vergabeausschuss sei. Diese TOP's sollen mit Beginn der Anwesenheit von Herrn Stäglin behandelt werden.

Der Ausschuss stimmt anschließend der Tagesordnung mehrheitlich zu.

## **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 23.06.2011**

---

Die Niederschrift vom 23.06.2011 wird mehrheitlich zugestimmt.

## **zu 4 Beschlussvorlagen**

---

### **zu 4.1 Baubeschluss Saale-Radwanderweg zwischen Hafenbahnbrücke und Gasometer Vorlage: V/2011/09763**

---

**Abstimmungsergebnis:** abgesetzt  
Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen

**Beschlussvorschlag:**

Der Vergabeausschuss beschließt die Durchführung der Baumaßnahme Saale-Radwanderweg zwischen Hafenbahnbrücke und Gasometer.

**zu 4.2 Konzeption für Werbung im öffentlichen Straßenraum der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: V/2011/09635**

---

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt. **Herr Wendler** vom Stadtplanungsamt referiert und erläutert das Anliegen der Verwaltung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die von der Verwaltung vorgelegte Gliederung für die Werbekonzeption als Arbeitsgrundlage.
2. Die Präambel und die allgemeinen Grundsätze der Konzeption werden gebilligt.
3. Die Punkte
  - Abschnitt II. 1. Ortsfeste Werbeträger mit Nebenfunktion
  - Abschnitt II. 2. Ortsfeste Werbeträger ohne Nebenfunktion
  - Abschnitt II. 3. Mobile Werbeträgerwerden in der vorgelegten Form abschließend beschlossen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt die Arbeit an der Konzeption auf Grundlage der beschlossenen Gliederung fortzusetzen und für die unter III. aufgeführten Sonderbereiche Einzelkonzepte aufzustellen.

**zu 4.3 Baumschutzsatzung der Stadt Halle (Saale)**  
**Vorlage: V/2011/09953**

---

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Frau Ruhl-Herpertz. **Frau Ruhl-Herpertz** führt zum Thema ein und erläutert die Entstehung des Entwurfs der Baumschutzsatzung.

**Herr Paulsen** weist nochmals darauf hin, dass die Behandlung des TOPs als erste Lesung erfolgt. Es werden paragraphenweise Hinweise und Anregungen gegeben. Die abschließende Beratung wird in der Oktobersitzung erfolgen.

**zu § 2**

**Herr Scholtyssek** weist darauf hin, dass in anderen Städten Flächenbegrenzungen für Privatgrundstücke berücksichtigt wurden. Er möchte gern eine Übersicht der Grundstücksgrößen für das gesamte Stadtgebiet haben. **Herr Stäglin** weist darauf hin, dass die Baumschutzsatzung aus Sicht des Baumes und nicht aus Sicht der Grundstücksgröße entworfen wurde.

**Frau Dr. Schöps** und **Herr Paulsen** regen an, aus Gründen einer übersichtlichen Darstellung in der Satzung auf die gesetzliche Sperrfrist nach § 39 Abs. 5 BNatSchG hinzuweisen.

**zu § 3**

**Herr Paulsen** kritisiert, dass aus seiner Sicht ein geringerer Schutz für mehrtriebige Bäume nicht begründbar sei. Ein vergleichbarer Wert eines mehrtriebigen Baumes zu einem eintriebigen werde bereits bei einem merklich geringeren Stammumfang der Einzelstämme erreicht. Aus seiner Sicht solle der reduzierte Schutzzumfang aus der alten Satzung beibehalten werden.

**Herr Scholtyssek** hinterfragt den gewählten Stammumfang von 50 cm. Seine Recherchen haben ergeben, dass andere Städte durchaus größere Stammumfänge von teilweise über einem Meter ansetzen. Er bittet um Erläuterung. **Frau Ruhl-Herpertz** räumt ein, dass die 50 cm durchaus vergleichsweise gering bemessen sind, man dies aber für angemessen halte und erläutert dies näher.

#### zu § 5

**Herr Paulsen** regt an, einen neuen Absatz 2 einzufügen, der die Möglichkeit der Anordnung von Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen für Grundstückseigentümer vorsieht. Die Verwaltung lehnt dieses mit Verweis auf § 16 Landesnaturschutzgesetz ab, da hier nur die Stadt als Verantwortliche für Pflegekonzepte genannt sei. Herr Paulsen bittet um nochmalige Prüfung.

#### zu § 6

**Herr Paulsen** weist darauf hin, dass die in § 6 aufgeführten DIN-Normen ohne zugängliche Quellen nicht nachvollziehbar seien. Diese Normen könne man im Internet nicht finden. **Frau Ruhl-Herpertz** sichert eine Prüfung zu, wie man die wesentlichen Inhalte ohne Urheberrechtsverletzungen für den Bürger zugänglich machen kann.

**Herr Paulsen** fragt, warum in § 6 Ziffer 4 die Formulierung zu den Beschädigungsverboten im Vergleich zur alten Fassung verkürzt wurde. Er bittet darum, die ursprüngliche Formulierung in § 6 Ziffer 3 der alten Fassung beizubehalten. **Frau Ruhl-Herpertz** sichert eine Prüfung zu,

#### zu § 9

**Herr Paulsen** fragt hinsichtlich der geplanten neuen Regelung zur Verwendung selbstgezogener Bäume nach einem möglichen erhöhten Verwaltungsaufwand bei der Feststellung geeigneter Jungbäume. Ebenso fragt er nach den Erfahrungen in anderen Kommunen mit so einer Regelung. **Herr Wagner** stellt dar, warum aus seiner Sicht kein erhöhter Aufwand erforderlich sei. **Herr Stäglin** ergänzt, dass Erfahrungen aus anderen Kommunen nicht vorliegen, die Verwaltung hier aber noch mal Erkundigungen einzieht.

#### zu § 10

**Herr Paulsen** möchte in § 10 die Regelung des § 9 Abs. 5 zu nicht genehmigungspflichtigen Bauvorhaben aus der alten Satzung wieder aufgenommen haben. **Frau Ruhl-Herpertz** sichert eine Prüfung zu.

#### zu § 11

**Herr Paulsen** regt eine andere Formulierung des § 11 an, da die vorgeschlagene Formulierung sich vor allem eine in der Vergangenheit liegende Entscheidung darstellt. Er wird dazu einen Vorschlag einreichen. **Herr Stäglin** sichert eine Prüfung zu. **Herr Paulsen** schlägt des Weiteren vor, die §§ 11 und 12 zu tauschen, da dies von der Reihenfolge her die Kompetenzen besser darstellt.

**Herr Busse** möchte gern wissen, was ein sachkundiger Bürger sei. **Herr Wagner** informiert, dass § 3 NatSchG LSA die Grundlage für die Errichtung von Naturschutzbeiräten sei. Sachkundige Bürger können sein, wer die Voraussetzungen des § 2 der Verordnung über ehrenamtliche Naturschutzbeauftragte erfüllt.

**Herr Paulsen** bittet um eine Übersicht der Mitglieder der Baumschutzkommission und um eine Darstellung der rechtlichen Grundlagen. Die Verwaltung sichert dies zu.

## zu § 13

**Herr Paulsen** weist darauf hin, dass im Falle der Aufnahme einer Anordnungsmöglichkeit in § 5 an dieser Stelle ein entsprechender Ordnungswidrigkeitstatbestand aufgenommen wird.

**Abstimmungsergebnis:** beraten  
(wurde als 1. Lesung behandelt)

### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die Baumschutzsatzung der Stadt Halle (Saale).

## **zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

### **zu 5.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Baumschutzsatzung Vorlage: V/2011/09775**

---

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an den Antragsteller. Die SPD-Stadtratsfraktion erklärt, dass der Antrag erledigt sei, da die Verwaltung den Vorschlag in der neuen Satzung berücksichtigt habe.

**Abstimmungsergebnis:** erledigt  
Antrag wurde von der SPD-Fraktion für erledigt erklärt

### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in die in Vorbereitung befindliche Baumschutzsatzung eine Regelung einzuarbeiten, die es Besitzern privat genutzter Grundstücke ausdrücklich erlaubt, für Ersatzpflanzungen auf dem eigenen Grundstück, anstelle von Jungbäumen aus einer Baumschule, qualitativ gleichwertige selbstgezoogene Bäume zu verwenden.

### **zu 5.2 Antrag des Stadtrates Olaf Sieber (Fraktion DIE LINKE.) zur Änderung der Baumschutzsatzung für Ein- und Zweifamilienhausgrundstücke Vorlage: V/2011/09672**

---

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an die Fraktion DIE LINKE. **Frau Haupt** gibt bekannt, dass die Fraktion den Antrag nicht für erledigt erklären kann, da dieser Antrag speziell von Herrn Sieber gestellt wurde und dieser nicht anwesend sei. Sie bittet um die Bearbeitung des Antrages in der Oktobersitzung, da dort die Baumschutzsatzung abschließend beraten wird.

**Abstimmungsergebnis:** beraten  
(1. Lesung – siehe Vorlage der Verwaltung V/2011/09953)

### **Beschlussvorschlag:**

In die Baumschutzsatzung soll sinngemäß eingearbeitet werden.:

1. Ein- und Zweifamilienhausgrundstücke sind bis zu einer Größe von 500 qm von den Regelungen der Baumschutzsatzung auszunehmen.
2. Bei Ein- und Zweifamilienhausgrundstücken mit einer Größe über 500 qm kann eine zusammenhängende Fläche von 500 qm, in welcher sich das Wohnhaus befinden muss, von den Regelungen der Baumschutzsatzung ausgenommen werden. Dies ist vom Grundstückseigentümer mit genauer Angabe der Fläche zu beantragen.
3. Die Punkte 1 und 2 gelten entsprechend für Bauvorhaben von Ein- und Zweifamilienhäusern nach erfolgter Baugenehmigung.

**zu 5.3 Antrag der CDU-Fraktion zur Übertragung der Vorhabenträgerschaft für den "Wildwasserpark Pulverweiden" an den Böllberger SV  
Vorlage: V/2011/09782**

---

**Begründung:**

Die unterschiedlichen Bemühungen in den letzten Monaten, aus dem Stadtrat heraus die Umsetzung des Vorhabens „Wildwasserpark Pulverweiden“ voranzutreiben, haben gezeigt, dass die Stadtverwaltung weiterhin den Bau einer solchen Anlage befürwortet aber nicht die erforderliche Förderung durch das Land erhalten würde. Ein entsprechender Förderantrag wird von der Stadt Halle (Saale) daher nicht gestellt werden. In den Gesprächen, die inbes. der Beigeordnete Neumann geführt hatte, sei wohl aber signalisiert worden, dass die Fördermöglichkeiten für den Böllberger SV besser wären. Daher ist der Böllberger SV gewillt, selbst Fördermittel bei den zuständigen öffentlichen Stellen und bei Privaten einzuwerben, um diese für Halle und die Umgebung einmalige Chance zur Realisierung eines solchen Wildwasserparks nicht ungenutzt verstreichen zu lassen. Dies ist dem Verein jedoch nur möglich, wenn er selbst in die Projektträgerschaft rückt. Ein Verfall der Landes-Baugenehmigung im Dezember 2011 muss vermieden werden.

**Abstimmungsergebnis:** abgesetzt  
(wurde im Sportausschuss am 02.08.2011 durch Antragsteller zurückgezogen)

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt:

1. die Übertragung der Vorhabenträgerschaft für den „Wildwasserpark Pulverweiden“ mit allen Rechten und Pflichten an den Böllberger SV.
2. die Zurverfügungstellung der betreffenden planfestgestellten Grundstücke an den Böllberger SV zur sportlichen Nutzung über Erbpacht- oder Kaufverträge.

**zu 5.4 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Einstufung der Saale als Restwasserstraße  
Vorlage: V/2011/09803**

---

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an den Antragsteller. **Frau Wildgrube** erläutert und begründet die Antragstellung.

**Herr Dr. Rürup** weist darauf hin, dass der Antrag nicht nur aus der wirtschaftlichen Seite, sondern auch aus der touristischen zu betrachten sei. Für die Touristik sei es wichtig, für den Antrag zu stimmen. **Herr Paulsen** erläutert, dass der Antrag nicht nur aus umweltpolitischer Sicht sondern auch wegen nachgewiesener Unrentabilität von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt werde.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Halle wendet sich gegen die Einstufung der Saale als Restwasserstraße.

Er fordert die Landes- und die Bundesregierung auf, die Planungen zum Bau des Saaleseitenkanals fortzusetzen und baldmöglichst mit der Errichtung zu beginnen.

**zu 5.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Prüfung der Finanzierungsmöglichkeit einer Streetworker-Stelle  
Vorlage: V/2011/09905**

---

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und teilt mit, dass der Jugendhilfeausschuss diesem Antrag zugestimmt habe.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob für die Stadt Halle eine zusätzliche Stelle einer Straßensozialarbeiterin bzw. eines Straßensozialarbeiters für die Zielgruppe der erwachsenen Suchtkranken insbesondere durch Förderprogramme der EU oder andere Förderprogramme finanziert werden kann.

2. Es ist auch zu prüfen, ob ein Teil der benötigten Mittel durch finanzielle Beteiligung z. B. von Vermietern, Wohnungsgesellschaften und Einkaufszentren eingeworben werden kann.

3. Das Prüfergebnis ist dem Stadtrat im November 2011 vorzulegen.

**zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Es wurden keine schriftlichen Anfragen von Stadträten gestellt.

## zu 7      **Mitteilungen**

---

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Herrn Dr. Wiegand. **Herr Dr. Wiegand** gibt bekannt, dass entgegen der Absprachen zwischen der Stadt und DSM Werbeanhänger im öffentlichen Verkehrsraum stünden. Für diese wurden keine Sondernutzungserlaubnisse erteilt. Die Beseitigungsverfügungen wurden vorbereitet und Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet.

Weiterhin teilt **Herr Dr. Wiegand** mit, dass zur Einrichtung der Umweltzone bis zum 29./30.08.2011 120 Verkehrszeichen und 110 Zusatzzeichen aufgestellt würden. Derzeit lägen 91 Ausnahmeanträge vor, welche abgearbeitet würden.

Zum Brandschutzbedarfsplan wird durch **Herrn Dr. Wiegand** mitgeteilt, dass dieser im Dezember 2011 in der Beiko besprochen und Anfang nächsten Jahres in die Ausschüsse eingebracht werde.

**Frau Ruhl-Herpertz** teilt mit, dass für die inhaltliche Vorabstimmung zum Klimaschutzkonzept mit den Fraktionen ein zeitlicher Umfang von ca. 8 Stunden benötigt werde. Dies solle auf zwei Tage geteilt werden. Als Vorschlag wurde der 21. und 22.10.2011 genannt. Es wird um Rückmeldung von den Fraktionen an das Umweltamt gebeten.

## zu 8      **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

**Herr Schulz** fragt an, ob die in seiner Anfrage zu Ergebnissen des 5. Fachforums Graffiti unter Punkt 2 genannte Projekte auch in Halle möglich seien. Weiterhin möchte er gern wissen, was die Stadt, bezugnehmend auf Punkt 3, unternimmt und mit welchem Erfolg. **Herr Dr. Wiegand** sichert eine schriftliche Antwort zu.

**Herr Scholtyssek** teilt mit, dass im Ladenrondell des Riebeckplatzes eine Scheibe seit mindestens zwei Monaten zerstört ist und die Scherben über zwei Wochen dort lagen. Er möchte nun wissen, wann eine Reparatur der Scheibe erfolgt.

**Herr Dr. Wiegand** sichert zu, diese Anfrage an die zuständige Stelle weiterzuleiten.

**Herr Scholtyssek** möchte gern wissen, ob Straßenmusikanten elektrische Hilfsmittel nutzen dürften.

**Herr Dr. Wiegand** sichert eine schriftliche Antwort zu.

**Herr Dr. Diaby** fragt an, ob bezüglich der Zeitungsartikel in der vergangenen Woche zum Thema Sauberkeit des Leitungswassers die Stadt Halle bei den Untersuchungen beteiligt war.

**Herr Dr. Wiegand** sichert eine schriftliche Antwort zu.

## zu 9      **Anregungen**

---

**Herr Busse** möchte bezüglich des schweren Verkehrsunfalles am Franckeplatz am 17.08.2011 allen Einsatzkräften der Feuerwehr, des Rettungsdienstes und der Polizei ein großes Lob für dessen Zusammenarbeit aussprechen.

**Dr. Diaby** regt hinsichtlich der bevorstehenden Einführung der Umweltzone folgendes an:

1. Die Verwaltung erstellt ein Faltblatt mit kurzen Informationen und Hinweisen für die BürgerInnen zur Umweltzone in Halle (analog zu Leipzig) (1)
2. Die Information kann auch als Dokument auf der Webseite der Stadt zum Herunterladen bereitgestellt werden.

Für die Richtigkeit:

Datum: 07.10.11

---

Oliver Paulsen  
Ausschussvorsitzender

---

René Müller  
Protokollant